



Grünliberale Partei Kanton Zürich

Medienmitteilung

Thema	USTR III ja, aber bitte richtig!
Für Rückfragen	Thomas Maier, Parteipräsident, 078 652 06 50 Martin Bäumlé, Nationalrat, 079 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Kanton Zürich Tel. +41 44 701 24 00, E-Mail zh@grunliberale.ch www.zh.grunliberale.ch
Datum	30. Juni 2016

USTR III ja, aber bitte richtig!

Die Grünliberalen des Kantons Zürich begrüßen die heute vom Regierungsrat vorgestellte Stossrichtung zur Umsetzung der Unternehmenssteuerreform im Kanton Zürich. „Es ist grundsätzlich sehr positiv, dass die Regierung beabsichtigt, alle verfügbaren Werkzeuge aus dem Angebot der Steuerreform im Kanton Zürich einzusetzen. Ergänzend fordern die Grünliberalen, dass der Kanton von den zusätzlichen Ausgleichszahlungen vom Bund fixe und genügend hohe Anteile an die Städte und Gemeinden weitergibt“, meint Parteipräsident Thomas Maier.

Für die Grünliberalen ist klar, dass die bestehenden Sonderstati in der Unternehmensbesteuerung der Vergangenheit angehören und mit der USTR III abgeschafft werden müssen. Nur so kann die Schweiz international steuerrechtlich kompatibel bleiben. Der Weg, den der Regierungsrat einschlägt, hilft auch die Position im internationalen Wettbewerb erhalten zu können. Der breite Einsatz aller möglicher Werkzeuge (Lizenzbox, zinsbereinigte Gewinnsteuer, etc.) ermöglicht dem Kanton Zürich, den allgemeinen Steuersatz nur moderat anpassen zu müssen. Damit bleibt das für die Erbringung der Staatsleistungen notwendige Steuersubstrat im Kern erhalten. Gerne erinnern die Grünliberalen daran, dass mit der Step Up Lösung der Kanton 10 Jahre lang Zeit hat, den Systemwechsel zu vollziehen und mit dem vorgeschlagenen Weg, die Kosten dafür moderat ausfallen werden. Nichts tun, resp. die nicht mehr akzeptierten Sonderstati ersatzlos abzuschaffen, käme den Kanton ein Vielfaches teurer zu stehen.

Zu zaghaft bei den Zugeständnissen für die Städte und Gemeinden

In Bezug auf die Ausgleichszahlungen hätten die Grünliberalen vom Regierungsrat allerdings klare und verbindliche Zusagen für die Städte und Gemeinden im Kanton erwartet. Es muss auch dem Regierungsrat klar sein, dass Städte und Gemeinden von den massiv höheren Zahlungen vom Bund direkt profitieren müssen. Nur so können sie den Systemwechsel ebenso moderat vollziehen wie es der Kanton tut.